



Antrag

der Fraktion der CDU

Bereitschaftsdienst der Ärztinnen/Ärzte in Krankenhäusern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass übermäßige Bereitschaftsdienst- und Arbeitszeitbelastungen der Ärztinnen/Ärzte in Krankenhäusern reduziert werden. Zugleich ist sicherzustellen, dass der Fortbildungsauftrag gewährleistet ist. Hinsichtlich der Bereitschaftsdienstbelastungen der Ärztinnen/Ärzte in Krankenhäusern besteht Handlungsbedarf. Insbesondere sollen folgende Ziele bis 2003 in Schleswig-Holstein verwirklicht werden:

1. Die Zahl der Bereitschaftsdienste soll im Monat auf 5 begrenzt werden. Urlaubszeiten und Freizeitausgleich dürfen nicht zu einer Ausweitung der Zahl der Bereitschaftsdienste führen.
2. Arbeitszeit und Bereitschaftsdienst sollen zusammenhängend in der Regel rund 24 Stunden nicht überschreiten.
3. Die Fortbildungsfunktion ist im Grundsatz in der täglichen (Stations)-Arbeit zu erfüllen. Die Schaffung weiterer Planstellen soll Ärztinnen/Ärzten vor übermäßiger Bereitschaftsdienst-Inanspruchnahme schützen, aber auch dazu beitragen, den Fortbildungsauftrag in den Kliniken weiter qualifiziert erfüllen zu können.
4. Im Rahmen der anstehenden Gesundheitsreform ist darauf hinzuwirken, dass die notwendige Ausweitung der Zahl der Planstellen in den Kliniken durchgesetzt wird. Diese Aussage verbindet sich nicht mit der Konsequenz höherer Ausgaben im Gesundheitswesen. Vielmehr sind Umschichtungen innerhalb der Gesundheitsausgaben zugunsten der Finanzierung der zusätzlichen Planstellen nötig.
5. Die Einkommen der Ärztinnen/Ärzte im Praktikum sind zu erhöhen.
6. Auf Bundesebene ist darauf hinzuwirken, dass gesetzliche bzw. tarifvertragliche Veränderungen so eingeleitet/vorgenommen werden, dass sie den unter 1-5 genannten Zielsetzungen entsprechen.

Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, im 1. Quartal 2002 dem Landtag zum Stand der Ergebnisse vorgenannter Zielsetzungen zu berichten. Dieser Bericht soll auch auf die Situation des Pflegedienstes in den Krankenhäusern eingehen und ggf. erforderliche Änderungsvorschläge unterbreiten.

**Werner Kalinka
und Fraktion**